

Geschäftsstelle

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Gruppe
Grundlagen und Leitbild

Bericht der Kommission sichere Verwahrung insbesondere hoch radioaktiver Abfälle

Teil A: 3. Leitbild der Kommission

<p>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-Drs. /AG4-2 NEU</p>
--

BERICHT DER KOMMISSION SICHERE VERWAHRUNG INSBESONDERE HOCH RADIOAKTIVER ABFÄLLE

TEIL A:

3. LEITBILD DER KOMMISSION

3.1. Zehn Grundsätze

1. Die Leitidee für die Arbeit der Kommission ist die nachhaltige Entwicklung, so wie sie 1987 von der Kommission Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen beschrieben wurde. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, dass sich die Kommission bei ihren Empfehlungen und Vorschlägen zur sicheren Lagerung radioaktiver Abfallstoffe an den Bedürfnissen und Interessen kommender Generationen orientiert. Auf der Grundlage einer solchen Generationengerechtigkeit versucht die Kommission, in einem verständigungsorientierten Diskurs unterschiedliche Interessen gerecht zusammenzuführen und zu einem auch langfristig bestmöglichen Vorschlag zu kommen.

2. Die Kommission bereitet mit ihren Kriterien und Empfehlungen die Suche nach einem Standort für die Lagerung insbesondere hoch radioaktiver Abfälle vor, der nach heutigem Wissensstand die bestmögliche Sicherheit gewährleistet. Sie versucht dabei, auch die Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte künftiger Generationen soweit es geht zu bewahren, ohne den Schutz von Mensch und Natur einzuschränken. Diese universelle Norm leitet uns.

3. Die Vorschläge der Kommission für die bevorstehende Suche gehen von fünf Grundprinzipien aus: Vorrang der Sicherheit, umfassende Transparenz, faires und sozial gerechtes Verfahren, breiter Konsens in der Gesellschaft sowie Vorrang des Verursacher- und Vorsorgeprinzips. Die Kommission beschreibt dafür in einem ergebnisoffenen Prozess mögliche Pfade, die wissenschaftlich fundiert sind und größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten vermögen. Grundlage aller Vorschläge ist der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik.

4. Die Kommission bekräftigt, dass es zu einer nationalen Lagerung für im Inland verursachte Atomabfälle kommen muss. Das Prinzip der nationalen Verantwortung ist eine zentrale Grundlage ihrer Empfehlungen. Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen bleiben davon unberührt.

5. Die Kommission versteht ihre Arbeit und die spätere Standortsuche als ein lernendes Verfahren. Vor der Standortsuche müssen Entsorgungspfad, grundlegende Sicherheitsanforderungen, Auswahlkriterien und Möglichkeiten der Fehlerkorrektur genau beschrieben und öffentlich debattiert sein. Eine spätere Korrektur von Fehlern ist zu gewährleisten. Dafür notwendige Veränderungen von Kriterien oder Verfahrensregeln müssen ebenfalls ausführlich debattiert und allgemein akzeptiert sein.

6. Das empfohlene Auswahlverfahren muss eine breite Zustimmung in der Gesellschaft finden. Die Kommission bezieht dafür die Erfahrungen von Regionen ein, in denen in der Vergangenheit Standorte benannt oder ausgewählt wurden. Dem angestrebten Konsens dient auch die ergebnisoffene Evaluierung des Standortauswahlgesetzes. Im Sinne größtmöglicher Transparenz müssen alle Daten und Informationen der Kommission wie auch der weiteren Entscheidungen zur Lagerung radioaktiver Abfälle veröffentlicht und dauerhaft in einer öffentlich-rechtlichen Institution aufbewahrt und allgemein zugänglich gemacht werden.

7. Wie die überwältigende Mehrheit des Deutschen Bundestages bekennt sich auch die Kommission zum gesetzlich verankerten Ausstieg aus der Kernenergie. Der Ausstieg hat einen gesellschaftlichen Großkonflikt entschärft. Das ist für uns eine Verpflichtung, auch bei der dauerhaften Lagerung radioaktiver Abfälle zu einem breiten Konsens in der Gesellschaft zu kommen.

8. Die sichere Lagerung radioaktiver Abfälle ist eine staatliche Aufgabe. Die Generationen, die aus Kernkraft gewonnenen Strom genutzt haben und nutzen, haben grundsätzlich die Pflicht alles zu tun, dass diese Aufgabe gelingt. Das gilt unabhängig von der Position, die jede oder jeder Einzelne in der Auseinandersetzung um die Atomenergie eingenommen hat. Unbestritten haben die Betreiber der Kernkraftwerke und ihre Rechtsnachfolger für die Kosten einer sicheren Lagerung der radioaktiven Abfallstoffe zu haften, die auf ihre Stromerzeugung zurückgehen.

9. Die hoch radioaktiven Abfallstoffe, die wir kommenden Generationen hinterlassen, stehen exemplarisch für mögliche Nebenfolgen komplexer industrieller Entwicklungen. Deshalb brauchen wir eine neue Qualität von Aufklärung und Verantwortung. Die Theorie der reflexiven Modernisierung arbeitet den Grundgedanken heraus, dass die moderne Industriegesellschaft unerwünschte Nebenfolgen erzeugt, die sogar ihre eigenen Grundlagen infrage stellen können. Daraus müssen wir Schlussfolgerungen ziehen, die nicht nur die Nutzung der Kernenergie betreffen.

10. Die Kommission sieht ihre Arbeit als Beitrag zu einem bewussteren Umgang mit komplexen Technologien, die weitreichende Fernwirkungen haben. Unbeabsichtigten und unerwünschten Nebenfolgen setzt sie eine Ausweitung und Stärkung der Technikfolgenabschätzung, Technikbewertung und Technikgestaltung entgegen. Neue Techniken und industrielle Entwicklungen sind frühzeitig auf schädliche oder nicht beherrschbare Nebenfolgen zu prüfen. Auch um Alternativen zu fördern, die fehlerfreundlich sind.

Stand 15. September 2015